



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 35. Ratssitzung vom 18. Januar 2023

1264. 2022/234

Motion von Dominik Waser (Grüne) und Patrick Tscherrig (SP) vom 08.06.2022: Verordnung zur Ausschöpfung des technisch-ökonomischen Fotovoltaik- Potenzials auf allen sich im Besitz der Stadt Zürich befindenden Immobilien bis ins Jahr 2030

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dominik Waser (Grüne) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 191/2022): Das Jahr 2022 war das heisseste seit Messbeginn. Die CO₂-Emissionen stiegen global um ein weiteres Prozent auf 36 Milliarden Tonnen. Die Zahlen und Temperaturen im letzten Jahr waren in beinahe jeglicher Hinsicht ausserordentlich und besorgniserregend. Die Klimakrise ist da, wir sind mittendrin und sie führt bereits jetzt zu sehr vielen Toten. Nicht nur die sehr hohe Übersterblichkeitsrate, die auch in der Schweiz und in Zürich gemessen wurde, sollte uns zum Handeln bewegen, sondern auch Dürren, Brände und vieles mehr. Was ist die wichtigste Massnahme, wenn wir die Klimakrise und das Schlimmste verhindern wollen? Ganz klar ist es die Abkehr von fossilen Brennstoffen; der Umbau der Energieversorgung – die Energiewende. Das Klima wird sich weiterhin verändern, auch wenn wir keine Emissionen mehr verursachen würden. Bei der Klimakrise geht es oftmals nur noch um Schadensbegrenzung. Genauso könnte man dieses Postulat beschreiben. Wir versuchen, das langsame Ausbautempo der Photovoltaik (PV) in der Stadt und den fehlenden politischen Willen zu beschleunigen. Im letzten Jahr wurden in der Europäischen Union 41 Gigawatt Solarenergie installiert. Im Vergleich zum Vorjahreswert von 28 Gigawatt ist das ein extremes Wachstum. Auch global wächst die Solarbranche sehr stark. Natürlich geht es bei der Solarenergie auch in der Schweiz vorwärts, nur leider in einem zu niedrigen Tempo. Noch immer liegt die Nutzung des Solarpotenzials gesamtschweizerisch bei 6,2 Prozent, im Kanton Zürich bei 5,2 Prozent und in der Stadt bei lediglich 3,3 Prozent. Das ist sehr wenig und das muss sich ändern, zumal wir alle Mittel haben, um den Solarausbau zu beschleunigen. Als reiche Stadt müssten wir Vorreiterin sein; im Moment bilden wir das Schlusslicht. Unsere Regierung, namentlich STR Michael Baumer, aber auch das gesamte Gremium, hat es in den letzten Jahren verschlafen, genügend dafür zu tun. Somit reiht sich die vorliegende Motion in eine Reihe von sehr vielen Vorstössen ein, die versuchen, diese Misere zu beheben. Vor kurzem haben wir gegen den Willen des Stadtrats die Motion zur Erhöhung des Rückliefer tariffs überwiesen. Heute geht es um den massiven Ausbau von PV-Anlagen auf städtischen Liegenschaften, wofür wir während der Budgetdebatte vier zusätzliche Stellen geschaffen haben, damit das Anliegen der Motion erfüllt werden kann. Weitere Vorstösse werden folgen. Städtische Liegenschaften sind eine Art Gratisangebot oder sogenannte «Low Hanging Fruits», denn wir haben direkten Einfluss



und können relativ rasch handeln. Eine städtische Studie zeigt, dass das Potenzial für die Solarstromproduktion auf städtischen Liegenschaften bei 57 Gigawattstunden pro Jahr liegt. Wir wollen, dass das genutzt wird. Ich gebe zu bedenken, dass die PV-Strategie, die uns vorgelegt wurde und sich jetzt in der Überarbeitung befindet, eine Potenzialausnutzung von lediglich 20 Gigawattstunden bis zum Jahr 2030 vorsah. Das ist viel zu wenig. Die Motion verlangt, dass das gesamte Potenzial bis zum Jahr 2030 ausgeschöpft wird. Die zusätzlichen Stellen für Liegenschaften Stadt Zürich (LSZ) und Immobilien Stadt Zürich (IMMO) sollen dafür genutzt werden. Es geht darum, dass wir unsere Verantwortung als sehr reiche Stadt wahrnehmen und vorwärts machen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: *Das letzte Jahr und der aktuelle Winter haben gezeigt, dass die Stromproduktion in der Schweiz ausgebaut werden muss. Einerseits sind es die geschilderten Klimagründe und andererseits geht es um die Energieversorgungssicherheit. Wir müssen dafür sorgen, dass die erneuerbaren Energien künftig mehr ausgebaut werden. Zum Glück ist das Elektrizitätswerk (ewz) ein führender Anbieter, der den Ausbau vorantreibt und die Wasserkraft stets unterstützt hat – auch als viele sagten, dass sie aus finanziellen Gründen keine Zukunft habe. Das hat sich rentiert: Auch heute können wir der gesamten Stadtbevölkerung Strom anbieten, der ausschliesslich aus erneuerbaren Energiequellen stammt. Für diesen Winter konnten wir genügend Energie sichern, auch für den Fall, dass es kälter geworden wäre. Die Strategie des ewz war sehr gut, aber die verschiedenen Energieträger müssen ausgebaut werden. Einer davon ist die PV. Wenn Sie über die Gemeindegrenzen hinausschauen, dann erkennen Sie, dass das ewz auch in diesem Bereich führend ist. Der Vorstoss geht beinahe in den Bereich der Märchen, wenn behauptet wird, dass wir eine andere politische Absicht hätten, als Sie mit dem Vorstoss. Wir sind mit Ihnen einig, dass die PV auch auf dem Stadtgebiet ausgebaut werden soll und wir wollen das Potenzial nutzen. Das präsentierten wir in der viel gescholtenen PV-Strategie bereits im September 2021. Die erwähnten 20 Gigawattstunden bis ins Jahr 2030 mögen in Anbetracht des Potenzials vielleicht erst die Hälfte sein. Es ist aber die fünffache Menge an Energie, die heute produziert wird. In der Strategie geben wir vor, dass bei jedem Eingriff – wie einer Sanierung oder einem Neubau – eine PV-Anlage erstellt werden soll, ausser wenn dies aus technischen Gründen nicht machbar ist. Auch haben wir beschlossen, dass eine PV-Anlage in der Mitte eines Sanierungszyklus erstellt werden kann, wenn beispielsweise ein Dach genügend gross dafür ist. Der Stadtrat ist insofern der gleichen Meinung wie die Motionäre und wir wollen die potenziellen 56 Gigawattstunden nutzen. Differenzen haben wir beim Zeitrahmen: Ich muss klar sagen, dass die Umsetzung bis ins Jahr 2030 in der Praxis nicht möglich ist. Argumentiert wurde, dass die Stadt genügend Geld habe. Es geht aber nicht nur um die ökonomischen Fragestellungen. Selbstverständlich sind die wirtschaftlichen Aspekte wichtig. Vor allem ist es aber auch ökologisch nicht sinnvoll, Anlagen ausserhalb des Sanierungszyklus zu bauen, wenn sie danach wieder abgebaut und neu aufgebaut werden müssen. Normalerweise kann man bei einer Dachsanierung die alte Anlage nicht wieder installieren; es braucht eine komplett neue Anlage. Wenn mehr Energie für den Bau einer Anlage verwendet wird, als dass diese schliesslich produziert wird, dann ist*



das ein Schildbürgerstreich. Dass momentan ausserdem die Fachkräfte und Solarzellen fehlen, ist eine weitere Herausforderung, die wir lösen wollen. Der Grund ist aber, dass wir am Ende eine ökologisch sinnvolle Massnahme und nicht graue Energie vernichten wollen. Darum ist das Anliegen nicht bis zum Jahr 2030 umsetzbar. Der Stadtrat nimmt den Vorstoss gerne als Postulat entgegen. Denn wir sind wie Sie der Meinung, dass wir das gesamte Potenzial der 56 Gigawattstunden auf städtischen Gebäuden ausnützen wollen. Der zweite Grund, warum der Vorstoss nicht motionabel ist: Sie fordern Planungsrichtlinien. Das liegt in der Kompetenz des Stadtrats.

Weitere Wortmeldungen:

Beat Oberholzer (GLP) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Der PV-Ausbau ist ein wichtiges Thema und ich danke den beiden Motionären, dass es auf der Traktandenliste bleibt. Wir sind uns fast alle einig, dass die PV die wichtigste Energiequelle in Siedlungsgebieten ist und ausgebaut werden muss. In der Stadt hat es auf den Dächern noch viel zu selten PV-Anlagen. Man sieht das beschriebene Potenzial förmlich. Darum hat eine Mehrheit des Gemeinderats eine Nachbesserung der PV-Strategie gefordert und die entsprechende Motion nicht abgeschrieben. Jährlich 20 Gigawattstunden im Jahr 2030 sieht die Strategie für die stadt-eigenen Gebäude vor. Wir sind uns einig, dass mehr möglich ist. Wir haben uns aber auch Gedanken zu den realistischen Fragestellungen gemacht: 57 Gigawattstunden bis ins Jahr 2030 sehen wir nicht als ambitioniertes, sondern als unmögliches Ziel. Die ambitionierteste Variante in der Studie sieht 27 Gigawattstunden vor. Momentan sind wir bei sechs Gigawattstunden. Wir wollen eine realistische Ausgestaltung, damit die Forderung des PV-Ausbaus gestärkt werden kann. Mit unserem Textänderungsantrag wollen wir nicht 100 Prozent und 57 Gigawattstunden einfordern, sondern den immer noch ambitionierten Wert von 40 Gigawattstunden pro Jahr. Das ist doppelt so viel wie vom Stadtrat vorgeschlagen und 6,5-mal so viel wie heute. Das ist ein Ziel, an dem man sich orientieren kann. Wir sind wie der Stadtrat der Meinung, dass eine Motion und Regelung auf Verordnungsebene für diese Forderung nicht geeignet sind. Die erwähnte Motion ist immer noch offen und könnte als Steilpass genutzt werden: Der Stadtrat könnte die Frist für den weiteren Ausbau nutzen, um das Vorhaben in die Länge zu ziehen. Die PV ist wichtig und wir denken, dass 40 Gigawattstunden bis zum Jahr 2030 möglich sind. Wir sehen vor allem zwei Hebel. Zum einen sind es die denkmalgeschützten Gebäude. Vor allem beim Erhaltungsziel A des Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS) kann man mehr machen, während dies in der Studie noch stiefmütterlich behandelt wurde. Zudem werden die Wirtschaftlichkeitsberechnungen jetzt anders aussehen als früher. Die Wirtschaftlichkeit muss berücksichtigt werden, aber es soll kein Argument sein, eine PV-Anlage nicht zu bauen, wenn etwas als knapp nicht wirtschaftlich gilt.*

Johann Widmer (SVP): *Niemand hat etwas gegen die Förderung von Solarenergie. Die Frage ist nur das Wie. Für uns ist dies ein schönes Beispiel dafür, wie die Grünen die Fakten negieren und ihrem Dogma entsprechend Solarenergie mit unsinnigen Projekten umsetzen wollen. Die Motion ist praxisfremd. Die Grünen meinen, dass sie es besser wissen, verstehen aber nicht, dass man nicht auf jedem Dach eine Solaranlage bauen kann. Statik, Windlasten, Zustand und Alter des Dachs, Sanierungszyklen, der Zustand*



des Gebäudes, der Renovationsbedarf und die Renovationszyklen müssen beachtet werden. Die 65 Gigawattstunden sind nur eine theoretische Zahl. Gemäss Stadtrat ist es nur möglich, 13 bis 27 Gigawattstunden zu erstellen. Solarenergie ja, aber bitte nur dort, wo das machbar, sinnvoll und ökonomisch ist. Solche Ansinnen beschleunigen nichts und bringen eine gute Technologie in Verruf. Zugutehalten will ich den Motionären, dass ihr jugendliches Ungestüm in dieser Frage verständlich ist. Früher war das bei mir nicht anders. Ich fürchte mich vor dem Tag, an dem einem Menschen ein Solarpanel auf den Kopf fallen wird, weil die Windlast nicht richtig berechnet wurde oder das Gebäude nicht geeignet war. Der Vorstoss ist ein typisches Beispiel dafür, wie Utopien und Dogmen in einer guten Sache kontraproduktiv sein können.

Patrick Tscherrig (SP) ist mit der Textänderung sowie der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden: Ich kann Johann Widmer (SVP) beruhigen: Wir sind äusserst pragmatisch unterwegs, weshalb wir die Textänderung und die Umwandlung in ein Postulat akzeptieren. In der Antwort des Stadtrats wird erwähnt, dass man nur in geringem Umfang von den natürlichen Sanierungszyklen abweichen will. Dort liegt unsere Differenz. Natürlich macht es Sinn, die Sanierungszyklen zu berücksichtigen und darauf zu achten, dass die Wirtschaftlichkeit stimmt. Sie sind aber auch nicht sakrosankt. Angesichts der Klimakrise und des Bedarfs an zusätzlichem sauberem Strom ist die Gewichtung zu verschieben. Darum kann es durchaus Sinn machen, dass man vom starren Konstrukt wekommt und öfters PV-Anlagen einbaut. Irritiert war ich über die Aussage von STR Michael Baumer, dass die PV-Anlagen bei einer Dachsanierung grundsätzlich erneuert werden müssten. Ich kenne andere Beispiele, bei denen sie nicht gleich zerstört werden mussten. Ich traue dem ewz eine geschickte Planung diesbezüglich zu. Wir akzeptieren den formellen Hinweis des Stadtrats zur Umwandlung in ein Postulat. Wichtig ist, dass der Ausbau rasch vorangeht.

Benedikt Gerth (Die Mitte): Wir finden die PV sinnvoll und notwendig. Wichtig ist zu berücksichtigen, dass in der Stadt nicht die gleichen Bedingungen wie in den Bergen herrschen. Dort ist die Sonneneinstrahlung und somit die Energie, die mit PV-Anlagen gewonnen werden kann, massiv höher. Ich gebe zu bedenken, was STR Michael Baumer sagte: Man muss eine Umbau- oder Einbaufähigkeit haben. Einerseits ist das Material ein Thema. Das wird sich in den nächsten Jahren nicht ändern. Andererseits sind es die Kapazitäten bei den Anbietern, die den entsprechenden Ein- oder Umbau vornehmen. Für uns sind die Umwandlung in ein Postulat und die Textänderung der GLP essentiell, weil wir finden, dass man nicht mit dem Vorschlaghammer 100 Prozent aller Bauvorhaben mit PV-Anlagen ausrüsten muss. Entscheidend ist ein gezieltes und überlegtes Vorgehen. Es gibt immer Gründe, warum eine PV-Anlage nicht gebaut werden kann, seien es technische, denkmalpflegerische, architektonische oder andere Überlegungen. Wir vertrauen auf den gesunden Menschenverstand des Stadtrats und des ewz.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Man soll das Vernünftige machen, dazu gehören PV-Anlagen und andere erneuerbare Energien. Auch dass es zu einer Textänderung und einer Umwandlung in ein Postulat kommt, ist vernünftig. Das zeigt, dass eine extreme Forderung gestellt und auf diese Weise ein Manövrierpotenzial herausgeholt wurde. Das macht die Argumentation der Grünen nicht glaubwürdiger. Gestern hörte ich im Radio



das Mittagsinterview mit einem Wirtschaftsprofessor, der gleichzeitig Klimaaktivist ist. Auch bei diesem Interview entstand der Eindruck, dass die Klimakatastrophe heraufbeschworen wird. Das ist kontraproduktiv. Gleiches gilt, wenn die Fakten einseitig dargestellt werden: Es wurde wieder gesagt, dass wir einen sehr heissen Sommer hatten. Natürlich war es sehr warm. Unterschlagen wurde, dass es sich um eine Luftströmung handelte, die von der Sahara kam; wir hatten noch nie so viel Saharastaub. Es geht nicht, dass Klima und Meteorologie durcheinandergebracht werden. Man hätte auch ins Feld führen können, dass in amerikanischen Städten wie Chicago vor Weihnachten Temperaturen von bis zu –50 Grad Celsius herrschten. Auch das war ein meteorologisches Phänomen. Man soll bei den Fakten bleiben und nicht alles dramatisieren.

Dominik Waser (Grüne): *Dass Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) ernsthaft behauptet, dass es schlichtweg warm war, ist unglaublich – darauf kann und muss man nicht eingehen. Es ist traurig, dass wir uns immer noch die Leugnung des Klimawandels anhören müssen. Mir wurde Träumerei vorgeworfen. Natürlich kann das so betrachtet werden. In meinen Augen ist es aber keine Träumerei. Vielmehr wurde in den letzten Jahren zu wenig gemacht und das kann man anerkennen. Die PV-Strategie fordert 20 Gigawattstunden. Das ist nicht die Hälfte des Potential, es sind 35 Prozent. Darum erhöhen wir dies auf 70 Prozent des Potenzials bis zum Jahr 2030. Ich freue mich, dass wir dafür eine breite Mehrheit gefunden haben und hoffe, dass wir den Rest bis im Jahr 2040 ausbauen können. Ich appelliere an Sie, dass wir in einer Zeit sind, in der es mehr Mut und Glauben braucht, damit wir das Tempo des Solarausbaus beschleunigen können. Bei anderen Themen wie dem Wirtschaftswachstum haben wir diesen Glauben auch.*

Johann Widmer (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Verordnung vorzulegen, die sicherstellt, dass das technisch-ökonomische Photovoltaik-Potenzial auf allen sich im Besitz der Stadt Zürich befindenden Immobilien bis ins Jahr 2030 zu 100% einem grossen Teil ausgeschöpft werden kann. ~~Dabei sind alle Gebäude betroffen, die sich technisch für Photovoltaik eignen, mindestens aber eine Fläche von 0.35 km².~~ Mindestens sollen 40GWh/a produziert werden.

Das geänderte Postulat GR Nr. 2023/18 (statt Motion GR Nr. 2022/234, Umwandlung) wird mit 101 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



6 / 6

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat